

# Die soziale Situation in Spanien und die Protestbewegung 15M

Published: 30/03/2015 - 06:58



[\[horrapics/Flickr\]](#)

**Spanien ist von einer gravierenden ökonomischen, sozialen und politischen Krise betroffen. Ein Teil der Probleme ist hausgemacht, vor allem durch die überwältigende Korruption. Ein Teil allerdings ist Folge der europäischen Politik.**

2007 wurde Spanien, wie andere südeuropäische Länder auch, von der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie damit einhergehenden Liquiditätsengpässen hart getroffen. Vorausgegangen war dieser Zäsur eine über Jahre hinweg prosperierende Wirtschaft, die von einem, von nationalen sowie internationalen Spekulationen angefachten, Bauboom maßgeblich getragen war. Das Platzen der Immobilienblase hatte dramatische Folgen, wie Insolvenzen, stagnierendes Wirtschaftswachstum, ein rasanter Anstieg der Arbeitslosigkeit sowie die Verwendung enormer Summen an Staatsgeldern für Banken und Bankenrettungen. Die von EU, EZB, IWF und der nationalen Regierung erarbeiteten Austeritätsmaßnahmen führten zur Reduzierung von Staatsausgaben und massiven Einschnitten im Sozial-, Gesundheits- und Bildungssystem, sowie zu einer tiefgreifenden sozialen und politischen Krise.

Die soziale Situation ist dramatisch. Die Arbeitslosenrate beträgt 26,38 Prozent, die Jugendarbeitslosigkeit beläuft sich auf 53,8 Prozent – im EU-Vergleich rangiert sie nach Griechenland auf dem zweithöchsten Platz. Viele gut ausgebildete junge Erwachsene sehen sich zu Emigration gezwungen. "Wir gehen nicht freiwillig, sie werfen uns hinaus", ist ihr Slogan. Mehr als

eine Million junger Menschen haben seit 2012 Spanien verlassen. Jene, die Arbeit haben, sind mit prekären Beschäftigungsverhältnissen konfrontiert, die den Aufbau einer eigenen Existenz nicht zulassen. Bereits 2011 lebten zirka 70 Prozent der 18-34 Jährigen in einem Haushalt mit Eltern oder Großeltern.

Um die 25 Prozent der Spanier leben unter oder an der Armutsgrenze. Damit bleiben Grundbedürfnisse unerfüllt, Menschen leiden an Hunger oder können ihre Wohnung nicht entsprechend beheizen. Besonders die Kinderarmut hat infolge der Krise massiv zugenommen. 37 Prozent der Familien mit Kindern leben unter als prekär zu klassifizierenden Bedingungen. Rund 2 Millionen Kinder leiden unter Mangelernährung.

Zwangsräumungen sind ein weiteres brisantes Thema. Seit 2007 belaufen sich Delogierungen auf 570.000, wobei die Zahlen weiterhin im Anstieg begriffen sind. Das Konfliktfeld Wohnen erweist sich als durch zwei Aspekte verschärft. Erstens mangelt es in Spanien an sozialem Wohnbau und vergleichsweise wenige Menschen haben die Option, Wohnraum zu mieten – Wohnungseigentum wird hierdurch alternativlos. Zweitens ermöglicht es die spanische Gesetzeslage, dass Zwangspfändungen, infolge derer Immobilien in Bankenbesitz übergehen, nicht automatisch zur Schuldentilgung führen. Wegen des Preisverfalls der Immobilien bleiben daher viele Delogierte für die Schulden weiterhin haftbar.

### **Die soziale Bewegung in Spanien: Die Empörten der Bewegung 15M**

Die Geburtsstunde der spanischen Protestbewegung waren große auch international rezipierte Demonstrationen in Madrid und zahlreichen weiteren Städten am 15. Mai 2011 – das Datum wurde namensgebend für die Bewegung 15M, sie wird zudem als Bewegung der Indignados, der Empörten, bezeichnet. Was mit Demonstrationen und wochenlangen Platzbesetzungen begann, nahm im weiteren Verlauf diverse Formen an, wie die fast flächendeckende Mobilisierung gegen Zwangsräumungen oder für bürgerliche Gesetzesinitiativen, die Einrichtung sozialer Zentren in besetzten Häusern oder privat organisierte Essensausgaben für Hungernde. Die Bewegung forcierte zudem Veränderungen der nationalen politischen Agenda. Gefordert werden Transparenz und Partizipation, Bekämpfung der Korruption sowie die Einmahnung von Verantwortlichkeit der Verursacher der Krise. Immer noch ist die Bewegung sehr aktiv, in ganz Spanien zeigt sich ein dichtes Netz an Initiativen, Arbeits- und Protestgruppen. Viele von ihnen sind im Zuge der Bewegung entstanden, andere erfuhren in den letzten Jahren enormen Zuspruch und Wachstum. Neben jenen Akteuren, die schon vor 15M politisch aktiv waren, sind es insbesondere Junge, die sich erstmals im Kontext der Mobilisierung politisch engagierten und an Protesten beteiligten.

### **Verliert Europa seine Jugend? Distanz, Frustration und Wut**

Seit dem Aufkommen der Bewegung 15M stehen Themen wie die Wirtschaftskrise, soziale Problemlagen, Kürzungen öffentlicher Gelder und Korruption auf der Tagesordnung der politischen Agenda. Weiters hat die Protestbewegung zu einer Veränderung von Einstellungen geführt: Während zu Beginn der Krise weithin Scham über eigene – als individuell gesehene – Probleme, wie Armut oder Arbeitslosigkeit empfunden wurde,

wandelte sich diese im Zuge der Bewegung zunehmend in – geteilte – Wut. Es gelang der Bewegung, strukturelle Ursachen von Problemen zu verdeutlichen. Viele Menschen wurden politisiert und entwickelten im Zuge dessen eine kritische Haltung gegenüber traditionellen politischen Institutionen, auch gegenüber jenen der Zivilgesellschaft – "Sie repräsentieren uns nicht" wurde zu dem bedeutenden Slogan, der diese Kritik pointiert. Quantitative Daten verweisen seit 2009 auf einen zunehmenden Vertrauensverlust in die politische Klasse und großen Parteien; Ergebnisse eigener qualitativer Erhebungen im Jahr 2014 weisen in dieselbe Richtung: Frustration und Wut richten sich sowohl gegen nationale als auch gegen europäische Institutionen.

Viele Spanier sind von europäischen Institutionen enttäuscht, da diese ihrer Ansicht nach von Interessen einzelner mächtiger EU-Staaten – insbesondere Deutschland – sowie jenen privater Wirtschaftsunternehmen dominiert wird. "Es ist eine Mafia" heißt es, mit Blick auf die "politische Kaste", es ist alles "durch und für sie" organisiert, für die Reichen, die Politik und die herrschenden Institutionen. Es ist eine Schande, heißt es, dass Banken gerettet, aber Familien alleine gelassen würden. "Señora Merkel" und die anderen Politiker des Nordens interessierten sich nur für Interessen der Wirtschaft. In Bezug auf Europa wird nicht nach Institutionen unterschieden, vielmehr allgemeiner Unmut geäußert, man fühlt sich "betrogen", "alleingelassen" oder "verkauft aufgrund kommerzieller Interessen".

Reaktionen der spanischen Regierung auf die Mobilisierung sind restriktive Sicherheitsbestimmungen und diverse Formen der Sanktionierung von Aktivisten die infolge des 2014 reformierten "Gesetzes zur Sicherheit der Bürger" massiv verschärft wurden. EU-Institutionen zeigen sich bisher weitgehend indifferent gegenüber dem Aktivismus, dessen Forderungen und der Einschränkung von zivilen Rechten. Dies führte zu einem weiteren Vertrauensverlust in die EU und ihre Institutionen.

Nichtsdestotrotz führt die vorherrschende Unzufriedenheit mit dem politischen System und die Ablehnung traditioneller Institutionen im Gegensatz zu gegenwärtigen Entwicklungen in anderen EU-Staaten kaum zu Rechtspopulismus oder politischer Apathie der Jungen, sondern zu einer Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements, der Solidarität und der Formierung neuer politischer Parteien. Auch diese werden fallweise als linkspopulistisch bezeichnet, sind jedenfalls aber inklusiver als jene des rechten Spektrums.

### **Das Entstehen neuer Parteien im Kontext der sozialen Bewegung**

Ein aktuelles Phänomen ist das Entstehen neuer politischer Parteien, die ihren Ursprung in der sozialen Bewegung haben. Auf nationaler Ebene ist Podemos ("wir können") von Bedeutung, der es gelang, bei den EU Parlamentswahlen von 2014 7,98 Prozent der Stimmen zu gewinnen. Wahlumfragen vom Januar 2015 zufolge hat die sehr systemkritische Partei gute Chancen, bei den nächsten Parlamentswahlen 2015 zur stimmenstärksten Partei aufzusteigen. Diese Erfolge haben auch den Prozess der Formierung neuer Parteien auf Regional- und Gemeindeebene bestärkt. Obwohl den im Kontext der Bewegung neugegründeten Parteien kein einheitliches Programm zugrunde liegt, lassen sich durchwegs

Gemeinsamkeiten erkennen. Es handelt sich um Basisinitiativen, die von Bürgern ins Leben gerufen wurden und partizipative Demokratie forcieren. Zudem befürworten sie u.a. fundamentale Umverteilung, ein Ende der Austeritätspolitik, die Annullierung der Staatsschulden, eine Stärkung des Sozial- und des Bildungssystems, eine strikte Kontrolle der Finanzmärkte sowie ein Grundeinkommen.

## **Conclusio**

Bislang führten die Distanz zu und Kritik an politischen Institutionen sowie das Fehlen beruflicher Möglichkeiten für die Jugend in Spanien zu einer Intensivierung des zivilgesellschaftlichen Engagements. Im Unterschied zu anderen Krisenländern lassen sich kaum Zeichen erkennen, die auf ein Schwinden der Solidarität und Popularitätszugewinne für rechte und nationalistische Parteien verweisen. Organisationen sozialer Bewegungen plädieren für gewaltfreie Wege um eine inklusive, nachhaltige und sozial ausgewogene Entwicklung zu realisieren.

Dennoch könnte die europäische Integration durch den politischen Vertrauensverlust in Mitleidenschaft gezogen werden. Sowohl demokratische als auch soziale Defizite der EU – die gegenwärtig zumeist mit der Austeritätspolitik in Zusammenhang gebracht werden – dominieren oftmals Diskussionen; das Vertrauen in die EU erholt sich jedoch nach einem historischen Tiefpunkt wieder leicht. Ein europäisches Projekt, das mehr Legitimität für sich reklamieren kann, müsste auf offener und dialogbasierter Partizipation und entsprechenden Kommunikationspraktiken beruhen. Art 11 des Vertrags von Lissabon rät dazu, eine breite Basis für Partizipation und Dialog zivilgesellschaftlicher Akteure, wie Stakeholder-Netzwerke oder Nichtregierungsorganisationen zu etablieren. Diese aktiven Bürger, wie der Vertrag sie vorschlägt, existieren in Spanien bereits in hohem Maß, was Chancen für Integration bietet.

Die Anhänger der neuen Parteien sowie der sozialen Bewegung treten in Dialog und wollen verändern. Die Partei kanalisiert nicht nur Interessen einer intellektuellen Elite, sondern auch die der Arbeitslosen sowie der Jugend. Ihre Erfolge bei der Europawahl haben eine große Dynamik der Mobilisierung ausgelöst. Sie haben Energie freigesetzt und Hoffnung gemacht. Und darin besteht auch Hoffnung für Europa. Europa kann froh sein, dass sich hier die Krisenverlierer nicht nur rechtspopulistischen Strömungen zuwenden, sondern dass hier konstruktive Lösungsvorschläge entwickelt werden. Und Europa täte gut daran, die Wut auf das System und die Ungleichheit, die es produziert, sowie auch die Wut auf Europa ernst zu nehmen. Wenn die Politik das Vertrauen der Jungen wieder gewinnen will, dann braucht es eine entschlossene Sozial- und Bildungspolitik. Es braucht weiters Schritte in Richtung von mehr Transparenz der politischen Institutionen. Vor allem braucht es einen wesentlich stärkeren Dialog. Anstatt zuzulassen, dass Aktivisten sanktioniert und als zu radikal ausgegrenzt werden, muss Europa auf seine Jugend hören und versuchen, von den sozialen Bewegungen zu lernen. Es braucht weiters eine europäische Strategie der Stärkung der Zivilgesellschaft und der Grundrechte. Die Europäische Politik muss sich klar gegen spanische Gesetze positionieren, die zu Prekarität oder Gefährdung von Grundrechten führen. Demnach muss erstens das spanische Gesetz über

Zwangsräumungen an europäische Standards angepasst werden. Zweitens muss die Europäische Union klar gegen jene Aspekte des verschärften Sicherheitsgesetzes Stellung beziehen, die Grundrechte einschränken, wie etwa die Verhängung von Geldbußen für jene, die Essen aus Abfallcontainern entnehmen, an Demonstrationen teilnehmen oder gewalttätiges Vorgehen der Polizei gegen friedliche Demonstrierende fotografisch dokumentieren.

Weiter sollten sofortige Maßnahmen auf nationaler und EU-Ebene getroffen werden, um die soziale Situation in Spanien zu verbessern, die in Diskrepanz zu europäischen Werten steht. Hungrige Kinder, eine Zunahme der Obdachlosigkeit und Exklusion sind nicht nur beschämend für Europa, sondern gefährden zentrale Werte des europäischen Projekts. Anstatt zu akzeptieren, dass aus Spaniens Jugend eine "verlorene Generation" wird, braucht es die Implementierung kurzfristiger Strategien, um junge Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Bildung, Arbeitsmarkt und Sozialpolitik obliegen zwar nationalen Kompetenzen, dennoch können existierende legale Möglichkeiten genutzt werden um die Situation zu verbessern und finanzielle Unterstützung für den Arbeitsmarkt und Sozialprogramme bereitgestellt werden.

## **Die Autoren**

*A.o.Univ.Prof. Dr. **Ruth Simsa** arbeitet an der Wirtschaftsuniversität Wien am Institut für Soziologie und empirische Sozialforschung, als wissenschaftlicher Beirat des Kompetenzzentrums für NPO-Management und Social Entrepreneurship und als Vorstand des Instituts für Nonprofit-Forschung. Derzeit leitet sie den österreichischen Teil des internationalen Projekts "Third Sector Impact" (Europe FP7) und das Projekt "Civil Society in Spain". Kontakt: [Ruth.Simsa@wu.ac.at](mailto:Ruth.Simsa@wu.ac.at)*

*Mag. **Marion Totter**, MSc(WU) ist Mitarbeiterin im Projekt "Civil Society in Spain" am Institut für Soziologie und empirische Sozialforschung, Wirtschaftsuniversität Wien. Kontakt: [mtotter@wu.ac.at](mailto:mtotter@wu.ac.at)*

*Dieser Text [erschien](#) als [Policy Brief](#) für die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE). Die ÖGfE ein parteipolitisch unabhängiger Verein auf sozialpartnerschaftlicher Basis. Sie informiert über die europäische Integration und steht für einen offenen Dialog über aktuelle europapolitische Fragen und deren Relevanz für Österreich. Sie verfügt über langjährige Erfahrung im Bezug auf die Förderung einer europäischen Debatte und agiert als Katalysator zur Verbreitung von europapolitischen Informationen.*

*Hinweis: Dieser Text ist bereits im [englischen Original](#) am 22.01. erschienen: Simsa, R. (2015). The Social Situation in Spain and the Spanish Protest Movement: The EU Needs Dialogue and Immediate Corrective Action. Wien. ÖGfE Policy Brief, 2'2015*

### **Sektionen:**

EU-INNENPOLITIK

---

[Submit a stakeholder position](#)

[Submit an opinion article](#)

[Improve a EurActiv article](#)